

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/116

20. Juni 1973

Pompidou in Bonn

Eine neue Dimension deutsch-französischer
Freundschaft

Von Dr. Hans Apel MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
minister des Auswärtigen

Seite 1 und 1a / 82 Zeilen

Der Bund fördert den Sport

"Ein unverzichtbares Mittel für Erziehung
und Bildung"

Von Friedel Schirmer MdB
Vorsitzender des Sportbeirats beim SPD-Vorstand

Seite 2 / 48 Zeilen

In Hessen wird weiter Hochdeutsch gesprochen

Klarstellungen zu den Unterrichts-Rahmenricht-
linien

Von Hartmut Miegel
Sprecher der Hessischen Landesregierung

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Der Untersuchungsausschuß ist am Zuge

Klage vor Wienand vor Gericht wäre nicht
zweckmäßig

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Bundestagsrechtsausschusses

Seite 4a / 41 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DDR-Lied zum Ostberliner Jugendfestival

Seite 5 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eickel
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 38
Telex: 686 846 / 808 847

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112 Telefon: 7 65 11

Pompidou in Bonn

Eine neue Dimension deutsch-französischer Freundschaft

Von Dr. Hans Apel MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen

Die bilateralen Gespräche der Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik am Donnerstag und Freitag dieser Woche sind keine Angelegenheit der Routine und des Protokolls, die aufgrund entsprechender Abmachungen ablaufen. Sie sind vielmehr eine politische Notwendigkeit, die für den Fortgang unserer europäischen Politik von großer Bedeutung ist.

Und damit wird auch bereits unterstrichen, daß die nur unsere beiden Länder interessierenden Fragen im Laufe der Entwicklung der deutsch-französischen Freundschaft und der halbjährlichen Konsultationen auf Regierungsebene immer mehr in den Hintergrund treten. Es kann nützlich sein, hier in Bonn über den Stand des Französisch-Unterrichts in der Bundesrepublik und entsprechender Probleme in Frankreich zu sprechen. Beide Länder verbindet eine Reihe ehrgeiziger und leider auch kostspieliger Projekte industrieller Zusammenarbeit. Doch wesentlich für dieses Treffen ist die Gegenüberstellung unserer nicht immer übereinstimmenden Ansichten zu drängenden Fragen der europäischen Politik.

Die deutsch-französische Freundschaft ist gegen niemanden gerichtet. Im Gegenteil, sie steht im Dienste der westeuropäischen Integration. Und so kommt es in den vor uns liegenden Konsultationen darauf an, freundschaftlich und konstruktiv die aktuellen Fragen der westeuropäischen "Innen"- und Außenpolitik anzugehen, um möglichst viele gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Denn das muß allen echten Europäern ins Stammbuch geschrieben werden: Es nützt uns überhaupt nichts, wenn sich im Ministerrat der EWG in einzelnen Fragen eine eindrucksvolle Mehrheit hinter einem Lösungsvorschlag versammelt und sich die Minderheit isoliert fühlt. Da wir nur gemeinsam vorankommen, müssen Kompromisse gefunden werden, die alle mittragen können. Das heißt allerdings auch: daß auch und vor allem die Minderheit nachgeben muß. In Westeuropa sind schon seit langem alle Träume einer etwaigen nationalen Vormachtstellung eines Landes endgültig ausgekrümmt. Wir gewinnen unsere Identität und unser Recht auf Selbstbestimmung nur noch gemeinsam und miteinander im engen westeuropäischen Verbund zurück.

Die außenpolitische Solidarität der neun EWG-Länder hat sich in der Vorbereitung der Anfang Juli in Helsinki beginnenden

den Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit eindrucksvoll bewährt. Wenn heute allgemein akzeptiert wird, daß es einen Sinn hatte, den langen Weg bis zum Beginn dieser Konferenz zu gehen, und sie heute echte Ergebnisse verspricht, dann liegt das nicht zuletzt auch an der konstruktiven und gemeinsamen Haltung der Neun. Sie läßt uns auch für die Zukunft in der Ost/Westpolitik gute Ergebnisse erwarten und hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß die politischen Führer Osteuropas zunehmend die EWG in ihr politisches Kalkül einbeziehen und als Realität anerkennen.

Umso wesentlicher wird es nun, daß die Europäische Gemeinschaft auch gegenüber ihrem wichtigsten Freund und Verbündeten, der Weltmacht USA, zu einer einheitlichen Position findet. Es stimmt: Westeuropa ist keineswegs ursächlich verantwortlich für die handels- und währungspolitischen Probleme der USA. Es stimmt auch, daß wir durch die Hinnahme mehrerer Paritätsveränderungen einen unübersehbaren Beitrag zur immer noch ausstehenden Stabilisierung der US-Zahlungsbilanz geleistet haben. Aber gerade die Ereignisse der letzten Jahre und Monate haben auch deutlich gemacht, daß wir mit oder ohne unser Zutun quasi automatisch mit einbezogen sind in die Strudel und Konsequenzen handels- oder währungspolitischer Erschütterungen, selbst wenn sie ihren Ausgangspunkt jenseits des Atlantik haben.

Gerade deshalb müssen wir eine einheitliche Position der Neun zu den anstehenden Fragen des transatlantischen Dialogs - Handelspolitik, Währungsfragen, Sicherheitspolitik - finden und sie dann auch selbstbewußt und konstruktiv gegenüber den USA in den für die jeweiligen Fragen zuständigen internationalen Gremien vertreten. Die Analyse der Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten trennt uns in Westeuropa kaum. Die Differenzen entstehen bei der Beurteilung der Motive der USA und ihrer Forderungen und bei der Frage der Prozedur der Erarbeitung unserer westeuropäischen Antwort und ihrer anschließenden Präsentation.

Unsere Position ist klar: Wir lassen uns von niemandem seinen Zeitplan und seine Art von Aufrechnung einseitiger Forderungen aufzwingen. Wir bestehen auf der Gleichberechtigung der Beziehungen und wünschen von unseren Verhandlungspartnern, daß sie unsere westeuropäische Gemeinschaft und ihre berechtigten Interessen genau so ernst nehmen wie ihre eigenen. Doch dazu gehören vor allem einige westeuropäische Anstrengungen und eine eigene westeuropäische Position. Die Europäische Gemeinschaft ist in ihrem Einfluß und in ihrer Stärke nur von einem abhängig, nämlich von dem Willen der Regierenden, gemeinsam zu handeln und auf dem Weg zur Europäischen Union zügig voranzugehen.

(-/20.6.1973/bgy/ex)

+ + +

Der Bund fördert den Sport

"Ein unverzichtbares Mittel für Erziehung und Bildung"

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirats beim SPD-Vorstand

Veröffentlichungen der CDU/CSU und die Ausführungen des CSU-Berichterstatters zu den Fragen der Sportförderung bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 1973 geben Veranlassung zu einigen deutlichen Feststellungen.

Die erfolgreichen Bemühungen des Deutschen Sportbundes und seiner Gliederungen zum Breitensport werden anerkannt und nach Möglichkeit gefördert. Die Förderung des Breitensports ist nach der Verfassungslage vorrangig Aufgabe der Gemeinden und der Bundesländer. Der Bund war, ist und bleibt bemüht, im Rahmen seiner gegenwärtigen Zuständigkeiten auch hierzu Modellversuche zu fördern und finanziell zu stützen. Die sozialliberale Bundesregierung hat seit der Regierungserklärung im Jahre 1969 in Zusammenarbeit mit den Organisationen des Sports die ihr obliegenden sportpolitischen Aufgaben voll erfüllt.

Der Vorschlag des Bundes, den Sportstättenbau als Gemeinschaftsaufgabe in das Grundgesetz einzubeziehen und damit die Hälfte aller Kosten zu tragen, ist von den Ministerpräsidenten der Bundesländer 1969 abgelehnt worden. Wir streben jetzt und künftig eine ausgewogene Förderung des Breitensports und des Spitzensports an. Das gilt besonders für die Aufgaben der Bundesregierung. Differenzierte Betrachtung ist geboten, damit die fördernden Maßnahmen in richtiger Weise erfolgen können. Notwendig wird sein, die geplante Trainerakademie wirksam werden zu lassen und für möglichst viele Sportarten qualifizierte Lehrkräfte heranzubilden. Dazu kann auch das Bundesinstitut für Sportwissenschaften seinen Beitrag leisten. Es wird für seine künftig größere Wirksamkeit auch die Verbindung zu Universitäten und Kultusministerien der Bundesländer aufnehmen bzw. enger gestalten müssen. Die ausgebildeten Lehrkräfte werden gewiß auch die Initiativen der Landessportbünde und der Fachverbände realisieren können, künftig in noch größerer Zahl als bisher die Übungsleiter für Verbände und Vereine aus- und fortzubilden.

Dazu bieten sich räumlich auch die jetzt im Neu- oder Ausbau befindlichen Stadien an, in denen die Spiele um die Fußball-Weltmeisterschaft 1974 ausgetragen werden sollen. Sozialdemokraten und Freidemokraten haben den Antrag auf Bundeszuschüsse für den Ausbau dieser Stadien auch mit der Begründung gestellt, daß diese Einrichtungen für vielfältige sportliche Disziplinen benutzt werden müßten. Sie werden den aktiven Sport für alle Bürger mehr als bisher ermöglichen und ihren Beitrag zur Ausbildung der Übungsleiter tragen.

Anders als für den CSU-Berichterstatter ("dieser etwas vulgäre Sport") bietet der Sport für uns Möglichkeiten, um Freude zu vermitteln, gesund zu werden und zu bleiben, die Freizeit sinnvoll zu gestalten und sich zu erholen. Sport ist für uns ein unverzichtbares Mittel für Erziehung und Bildung in Schule und Hochschule. Deshalb fördern wir den Sport umfassend und differenziert, wie das in den vergangenen Jahren deutlich und mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 1973 mit 240 Millionen DM für Maßnahmen der Sportpolitik erneut erkennbar geworden ist. (-/20.6.1973/bgy/ex)

In Hessen wird weiter Hochdeutsch gesprochen

Klarstellungen zu den Unterrichts-Rahmenrichtlinien

Von Hartmut Miegel

Sprecher der Hessischen Landesregierung

In Hessen wird selbstverständlich weiter hochdeutsch gesprochen, daran gibt es keinen Zweifel. Es wird weder die Rechtschreibung noch die Geschichte abgeschafft. Ganz im Gegenteil: Die deutsche Sprache, die Rechtschreibung und die Geschichte sollen im Unterricht endlich lebendig werden. Das ist das Ziel der neuen Rahmenrichtlinien für den Unterricht in den Grund-, Haupt-, Gesamt- und Realschulen sowie Gymnasien. Es ist erstaunlich, wie welchen Emotionen mancherorts über sie debattiert und berichtet wird. Oft wird auch der Versuch unternommen, an die Stelle fehlender Alternativen starke Worte zu setzen und so ein schulpolitisches Vakuum zu verbergen. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß mancher, der sich bisher zu den Rahmenrichtlinien äußerte, nur über ungenaue Informationen aus zweiter oder dritter Hand verfügte. Nicht zuletzt darum wird der Hessische Kultusminister in den nächsten Wochen die Öffentlichkeit weiterhin mit umfangreichen Informationsmaterial über die Ziele und Inhalte der Rahmenrichtlinien informieren.

Die Rahmenrichtlinien gehen von der Erkenntnis aus, daß die gegenwärtigen Lehrpläne die Schulformen durch ihre unterschiedlichen Inhalte voneinander trennten. Die neuen Rahmenrichtlinien dagegen sind schulformübergreifend und wenden sich nicht mehr an einzelne Schultypen, sondern an Jahrgangsstufen. Zentrales Ziel ist es, die Schüler zur Selbst- und Mitbestimmung zu befähigen. Selbst- und Mitbestimmung als oberstes Lernziel heißt aber, daß Demokratie nicht nur eine Staatsform ist, sondern eine Lebensform. Dies schließt immer die Frage ein, ob die gesellschaftliche Wirklichkeit den Inhalten der Verfassung entspricht, oder ob in bestimmten Lebensbereichen Selbst- und Mitbestimmung verhindert wird. Wer hier - wie die CDU - von "einer Umfunktionierung von Grundwerten unserer Verfassung" spricht verfälscht bewußt die ausdrücklichen Absichten der Rahmenrichtlinien.

Die Polemik gegen die Rahmenrichtlinien für den Geschichtsunterricht ist eine der häufigsten Verzerrungen. Kein verantwortlicher

Politiker in Hessen will den Geschichtsunterricht beseitigen. Es geht vielmehr darum, die Geschichte lebendig darzustellen und so zu zeigen, was ihre Fakten und Lehren mit der Gegenwart zu tun haben. Zugleich sollen historische, geographische und politische Aspekte zueinander in Bezug gebracht werden.

Genauso häufig - und mit oft unüberhörbarer Bösartigkeit - werden die Rahmenrichtlinien für den Deutschunterricht entstellt. Das Credo der Unsachlichkeit sind immer wieder Behauptungen wie: "Hochdeutsch wird abgeschafft, Rechtschreibung beseitigt." Beide Behauptungen sind so falsch, wie die Argumentationen, die sie untermauern sollen. Nach den Rahmenrichtlinien soll der Deutschunterricht die Fähigkeiten des Schülers fördern, sich in der deutschen Sprache verständlich zu machen und mit anderen zu verständigen. Ausgangspunkt des Deutschunterrichts muß die lebendig gesprochene Sprache sein. Über sie wird der Lehrer den Schüler zum Hochdeutsch führen. Das Bemühen, milieu- und dialektbedingte Sprachprobleme zu beseitigen, ist mit ein Teil dessen, was in Hessen unter Chancengleichheit verstanden wird. Es wird keine "Dialektgettos" geben; genauso wenig wie ein Privileg auf Hochdeutsch. Diesen Standpunkt hat der Hessische Kultusminister Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg wiederholt vor dem Landesparlament und in öffentlichen Diskussionen deutlich gemacht.

In keinem Absatz der Rahmenrichtlinien wird infrage gestellt, daß die Grundregeln der Rechtschreibung Voraussetzung dafür sind, sich verständlich zu machen. Da aber die landläufige Annahme längst widerlegt ist, daß zwischen Rechtschreibleistung und Intelligenz ein enger Zusammenhang besteht, muß der Stellenwert der Rechtschreibung neu bestimmt werden. Ziel der Rahmenrichtlinien ist nicht die Abschaffung der Rechtschreibung, sondern die Absicht, sie aus ihrem Wert für die Verständigung untereinander neu zu begründen.

Die bisherigen Erfahrungen aus den Diskussionen mit den hessischen Bürgern machen deutlich, daß sich die Rahmenrichtlinien nicht zuletzt mit ihrem Bemühen um einen lebendigen und lebensnahen Unterricht vielfach im Neuland bewegen. Es ist natürlich auch klar, daß ein solch neuer Ansatz viele Fragen und Probleme aufwirft, die diskutiert werden müssen. Niemand konnte erwarten, daß es den Autoren der Rahmenrichtlinien auf Anhieb gelingen würde, in allen Einzelheiten absolut befriedigende Ergebnisse vorzulegen. Deshalb hat die Hessische Landesregierung die Rahmenrichtlinien nicht vom Grünen Tisch verfügt, sondern ist erstmals in der Bundesrepublik den schweren, aber auch demokratischen Weg der öffentlichen Diskussion gegangen. In der gleichen Zeit werden die Richtlinien in der Praxis erprobt und überprüft, bevor sie endgültig die alten Bildungspläne ablösen.

(-/ 20.6.1973/bgy/ex)

Der Untersuchungsausschuß ist am Zuge

Klage von Wienand vor Gericht wäre unzweckmäßig

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des Bundestagsrechtsausschusses

Der vom Deutschen Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuß hat in seiner ersten Arbeitssitzung beschlossen, den früheren CDU-Abgeordneten Steiner unverzüglich als Zeugen zu hören. Nach dem bisherigen Verlauf der Steiner-Affäre ist das folgerichtig. Die sofortige Abfassung dieses Beweisbeschlusses zeigt außerdem, daß es den Ausschußmitgliedern mit dem Vorhaben der zügigen Sachaufklärung ernst ist.

Somit ist abzusehen, daß die Prüfung der von Steiner angeblich erhobenen Vorwürfe auf dem schnellsten Wege erste Ergebnisse bringen wird. Von anderen Verfahren, die im gleichen Zusammenhang in Betracht kommen, läßt sich das mit Sicherheit nicht erwarten.

Zwar sind die über Wienand verbreiteten Behauptungen Steiners geeignet, das Ansehen des Angegriffenen öffentlich herabzusetzen. Die Strafanzeige wegen Verleumdung bietet sich unter diesen Umständen ebenso an wie die Unterlassungsklage und eine entsprechende einstweilige Verfügung.

Aus anderen Fällen wissen wir, daß solche Schritte öffentliches Aufsehen und eine gewisse Genugtuung erregen, so als sei das verletzte Rechtsempfinden des Beleidigten schon durch Klage und Strafanzeige wiederhergestellt. Wir wissen aber auch, daß die Ergebnisse solcher Verfahren weit weniger Beachtung finden. Bis dahin ist im allgemeinen nämlich so viel Zeit verstrichen, daß sich niemand mehr genau des Anlasses erinnert.

Trotzdem müßte man Karl Wienand raten, dem in seiner Lage verständlichen Wunsch nach gerichtlichem Vorgehen gegen seine Widersacher nachzugeben. Man müßte so raten -, wenn nicht inzwischen das parlamentarische Untersuchungsverfahren anhängig und zu ersten Fortschritten gekommen wäre. In diesem Stadium würden rechtliche Maßnahmen nicht nur den Zweck der schnellen Sachaufklärung verfehlen. Sie könnten sogar das Risiko bringen, die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses zu behindern. Findige Kritiker würden sicher fragen, ob Zeugen auf diesem Wege von bestimmten Aussagen vor dem Ausschuß abgeschreckt werden sollen.

Die unter solchen Umständen gebotene Zurückhaltung mag von dem Betroffenen als ärgerliche Last und von anderen als zumindest unbefriedigend empfunden werden. Gleichwohl ist dieses Verhalten derzeit allein vernünftig. Denn jetzt ist der Untersuchungsausschuß am Zuge!

(-/20.5.1973/bgy/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

DDR-Lied zum Ostberliner Jugendfestival

"Die Volksarmee", die offizielle Wochenzeitung der Nationalen Volksarmee der DDR, veröffentlichte am 4. Juni 1973 Text und Melodie eines zum X. Weltjugendfestivals in Ostberlin ausgewählten DDR-produzierten Liedes. Der Text der vier Strophen lautet:

"Jeder macht für's Festival
'ne etra Sonderschicht,
das was wir gewöhnlich machen,
reicht für diesmal nicht.
Jeder schafft sich Platz im Garten
für ein Blumenbeet,
daß er dann mit Nelken
auf dem Bahnsteig steht.

Ja, ja, wir treffen uns auf jeden Fall
Sommer drei-und-siebzig zum zehnten Festival.
Ja, ja, wir treffen uns auf jeden Fall
Sommer drei-und-siebzig Festival."

"Freundschaft heißt Drushba,
und Frieden, das heißt Mir,
daß du das schon drauf hast,
das weiß der Wladimir.
Doch will er mit dir reden
und durch die Straßen ziehn,
kommt höchstens:
eto unser Alex w Berlin.

(Kehrr reim)"

"So mancher Freund hat für die Reise
hierher nicht das Geld.
Da machen wir 'ne Sonderschicht,
damit er uns nicht fehlt.
Was ihn und uns verbindet -
die Solidarität,
für die er auf die Straße,
ins Gefängnis geht.

(Kehrr reim)"

"Zum Festival gehört auch
deine kluge Diskussion.
Bücher gibts genug bei uns,
und lesen kannst du schon.
Bei Marx und Lenin steht nicht nur,
was gut und böse ist,
da lernste,
wie die Erde zu verändern ist.

(Kehrr reim)"